

<https://www.nius.de/news/jetzt-auch-noch-in-thueringen-anteil-von-auslaendischen-tatverdaechtigen-klettert-auf-27-prozent/bd48b7d0-49b3-47bc-a232-3990bdb3140a> 8.4.2024

Jetzt auch noch in Thüringen: Anteil von ausländischen Tatverdächtigen klettert auf 27 Prozent

Wieder wurde eine neue Kriminal-Statistik veröffentlicht – diesmal im Freistaat Thüringen. Und wieder lässt sich auch dort ein Wachstum der Ausländer-Kriminalität beobachten. Der Anteil von Tatverdächtigen ohne deutschen Pass springt nun auf 27 Prozent. 35 Prozent der Ladendiebe waren im Jahr 2023 nicht deutsch. Dabei haben in Thüringen nur etwa 7,6 Prozent der Einwohner keinen deutschen Pass.

Am Montagmittag stellte der Innenminister von Thüringen, Georg Maier (SPD), zusammen mit dem Präsidenten des Landeskriminalamtes, Jens Kehr, den neuen Statistik-Bericht des Jahres 2023 vor.

Die Zahlen: klettern weiter in die Höhe. Insgesamt wurden 150.457 Straftaten festgestellt – das entspricht einem Anstieg von mehr als zehn Prozent im Vergleich zum Jahr 2022. Zudem wurden 57.253 Tatverdächtige ermittelt.

Der Anteil an ermittelten Tatverdächtigen ohne deutschen Pass beträgt insgesamt rund 23 Prozent – im Jahr 2022 lag dieser noch bei 19 Prozent, 2021 bei 17. Mit Verstößen gegen das Aufenthaltsrecht wie der illegalen Einreise einberechnet, klettert der Anteil ausländischer Tatverdächtiger auf 27,5 Prozent (15.610 Personen) hoch. Im Vorjahr lag dieser Wert noch bei 22,8 Prozent.

Pikant: Innenminister Maier betonte während der Pressekonferenz in seinem Ministerium: „Wir folgen damit einem bundesweiten Trend“

Denn Hintergrund ist: In den letzten Wochen hatten die meisten Bundesländer ihre Kriminalitäts-Statistiken des Jahres 2023 veröffentlicht. Insgesamt geht aus den Berichten deutlich hervor, dass in Deutschland bundesweit der Anteil an ausländischen Tätern überproportional und rasch

steigt. Am Dienstagvormittag, den 9. April, wird Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) die Bundes-PKS von 2023 veröffentlichen. ....

[https://www.focus.de/finanzen/news/gerichtsentscheid-mit-folgen-urteil-gegen-habeck-rechtskraeftig-er-muss-geheime-atomkraft-akten-offenlegen\\_id\\_259835212.html?poc=0.6425133159825076](https://www.focus.de/finanzen/news/gerichtsentscheid-mit-folgen-urteil-gegen-habeck-rechtskraeftig-er-muss-geheime-atomkraft-akten-offenlegen_id_259835212.html?poc=0.6425133159825076) 8.4.2024

Kommt jetzt die Wahrheit ans Licht? Urteil rechtskräftig: Habeck muss geheime Atomkraft-Akten offenlegen

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) sträubte sich vehement gegen die Herausgabe regierungsinterner Dokumente zur Atomkraft. Laut einem rechtskräftigen Gerichtsurteil muss er die Akten nun an Medien rausrücken. Die Folgen könnten erheblich sein.

Man darf annehmen, dass Robert Habeck (Grüne) nicht sonderlich amüsiert war, als am 14. Februar 2024 zwei Schreiben in sein Ministerium flatterten, 13 und 17 Seiten lang. Absender: Verwaltungsgericht Berlin. Gleichlautende Überschrift: „Urteil im Namen des Volkes“.

Die Schriftsätze mit den Aktenzeichen VG 2 K 302/22 und VG 2 K 51/23 bezogen sich auf einen schon länger schwelenden Rechtsstreit zwischen dem von Habeck geführten Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und dem „Cicero“.

Ein Journalist des Magazins hatte das Ministerium bereits im Jahr 2022 aufgefordert, ihm bestimmte Dokumente auszuhändigen. Konkret ging es um Unterlagen zu der damals diskutierten Möglichkeit, deutsche Atomkraftwerke befristet weiterzubetreiben.

Der Redakteur berief sich auf das Umweltinformationsgesetz. Danach hat jede Person Anspruch auf freien Zugang zu Umweltinformationen staatlicher Stellen. ....

Diese Dokumente muss der Minister nun rausrücken

Vor welchen politischen und fachlichen Hintergründen diese bemerkenswerte Entscheidung zustande kam, könnte aus den Papieren hervorgehen, die das Wirtschaftsministerium nun veröffentlichen muss.

Nach FOCUS-online-Informationen handelt es sich unter anderem um:

Vermerke zur Rolle von Kernkraftwerken im System der deutschen Stromversorgung – einschließlich Bewertungen zur einzusparenden Strommenge, zu Gaseinsparungen, zu den rechtlichen Voraussetzungen und zu Alternativen.

Interne E-Mails zu strategisch-taktischen Überlegungen bzw. Bewertungen zum Thema Brennelemente.

E-Mails zwischen dem BMWK und Übertragungsnetzbetreibern bezüglich eines Stresstests, eine entsprechende Szenariensübersicht, Handlungsoptionen in Netzstresssituationen sowie ein Protokoll zum Datenaustausch.

Etliche Vermerke zur technischen und rechtlichen Bewertung eines Weiterbetriebs bzw. einer Wiederinbetriebnahme von Kernkraftwerken.

Entwürfe eines Papiers zum möglichen Weiterbetrieb von Kernkraftwerken, die auch Bewertungen zur Verhältnismäßigkeit der allgemeinen Risiken der Kernkraft zu einem möglichen Nutzen enthalten.

Papiere zur strategisch-taktischen Kommunikation zum weiteren Vorgehen bei der Schaffung einer AKW-Reserve.

Dokumente zu regierungsinternen Beratungen im Vorfeld von Gesprächen mit Betreibern von Kernkraftwerken und mögliche Optionen sowie technische und organisatorische Fragen.

Abstimmungen, wie sich die Bundesregierung zur Frage eines möglichen Weiterbetriebs der Kernkraftwerke positioniert. ....

<https://apollo-news.net/400-verdaechtige-in-einer-woche-faesers-saeuberung-laeuft-auf-hochtouren/> 6.4.2024

Rechtsextreme Beamten

400 Verdächtige in einer Woche: Faesers Säuberung läuft auf Hochtouren  
Innenministerin Faeser hat das Beamtendisziplinarrecht reformiert.

Beamte können nun schon wegen des Verdachts auf rechtsextremistische Gesinnung aus dem Dienstverhältnis entfernt werden. Gegen 400 Beamte werden gegenwärtig Disziplinarmaßnahmen geprüft.

Im Februar hat Innenministerin Nancy Faeser prominent einen „Aktionsplan“ für den „Kampf gegen Rechtsextremismus“ vorgestellt.

Insgesamt 13 Maßnahmen werden in dem Aktionsplan aufgeführt. Als ein wesentlicher Baustein im „Kampf gegen den Rechtsextremismus“ wurde das neue Beamtendisziplinarrecht genannt. Dieses ist zum 1. April in Kraft getreten. „Das gilt es nun konsequent durchzusetzen“, erklärte Bundesinnenministerin Nancy Faeser.

Wie aus einer Abfrage von Stern und RTL hervorgeht, werden bundesweit gegenwärtig gegen mindestens 400 Polizeibeamte Disziplinarmaßnahmen oder Ermittlungen wegen Verdachts auf eine rechtsextremistische Gesinnung oder Verschwörungsideologie geführt. Mit Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und Thüringen konnten jedoch gleich vier Bundesländer keine aktuellen Zahlen liefern. ....

<https://twitter.com/SotograndeM/status/1777858659709603953>

10.4.2024

DAS IST DIE WAHRE NANCY FAESER!! (Video, 1:26 Minuten)